

Dringlicher Antrag

eingbracht von Gemeinderätin **Sabine Reininghaus**
in der Gemeinderatssitzung am 17. Oktober 2024

Betreff: Klimafreundliche Wirtschaftsförderung statt „Pariser Verhältnisse“ bei Parkgebühren

Eine Stunde Parken kostet im Pariser Zentrum für SUVs ab sofort 18 Euro die Stunde. Unter der Ägide einer „fairen Verteilung des öffentlichen Raums“, denkt Vizebürgermeisterin Judith Schwentner darüber nach, auch in der Stadt Graz das Parken teurer zu machen.

<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/18923584/oh-la-la-hoehere-parktarife-fuer-suv-sind-weiterhin-auch-in-graz-ein-Platzes>

Dabei ist das Parken in der blauen Zone mit 2,60 Euro die Stunde nicht gerade günstig und wer sich nach dem Einkaufen noch ein Mittagessen gönnen will, muss für drei Stunden 7,80 Euro hinlegen. Das Parken in Graz noch weiter zu verteuern, mag zwar gut für das Grazer Budgetloch sein, für die Wirtschafts- und Dienstleistungsbetriebe in Graz wäre es hingegen eine echte Existenzbedrohung. Auch wenn sich der Gemeinderat zu den städtischen Mobilitäts- und Klimazielen bekannt hat, bleiben Zielsetzungen immer auch eine Frage des richtigen Maßes und der Zweckmäßigkeit.

Der stationäre Handel steht unter einem massiven Konkurrenzdruck. Einerseits gehen Umsätze an Shopping-Center verloren, die einen Marktanteil am gesamten Kaufkraftpotential in Österreich von 22,9% verzeichnen und andererseits gehen etwa zwei Drittel des gesamten österreichischen Umsatzes an reine Online-Händler.

<https://www.regiodata.eu/oesterreich-onlinehandel-2024/>

Zum Umsatzabfluss des stationären Handels an Onlinehandel und Shopping-Center kommt noch das zurückhaltende Konsumverhalten der Österreicher:innen hinzu, die den Inflationsschock noch nicht überwunden haben und daher eher zum Sparen, als zum Geldausgeben tendieren.

https://digital.kleinezeitung.at/ccidist-replica-reader/?epub=https://digital.kleinezeitung.at/ccidist-ws/klz/klz_graz/issues/116118/#/pages/2-3

Österreich befindet sich in der längsten Rezession seit 1946 und im 1. Quartal 2024 wurde der höchste Wert an Firmenpleiten seit 2019 verzeichnet. Alleine im ersten Vierteljahr meldeten 1.718 Betriebe ihre Insolvenz an. Das macht 18 Firmenpleiten täglich und ergibt eine Steigerung von etwa 30% gegenüber dem Vorjahr. Betroffen vor allem die Dienstleistung, das Baugewerbe und der Handel.

<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/05/20240508InsolvenzenRegistrierungenQ12024.pdf>

Mit der Erhöhung der Parkgebühren gerade jetzt zu liebäugeln, macht offenkundig, dass „grün“ und Wirtschaft nicht kompatibel sind. Die Maßnahme träfe nämlich exakt jene Branchen, die 2024 von Firmenpleiten am häufigsten betroffen sind.

Wenn Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2024 kein Wirtschaftswachstum, sondern einen Rückgang der Gesamtwirtschaftsleistung (BIP) von 0,6 Prozent prognostizieren https://digital.kleinezeitung.at/ccidist-replica-reader/?epub=https://digital.kleinezeitung.at/ccidist-ws/klz/klz_graz/issues/116118/#/pages/2-3, bräuchte es doch eine zweckmäßige Politik, die sich mit Ideen für einen Aufschwung auseinandersetzt. Schließlich geht es um nichts weniger, als das Fundament unseres Wohlstandes zu stärken und das sind nun mal Klein u.- Mittelbetriebe. Es braucht jetzt eine Politik, die der Wirtschaft eine positive Perspektive ermöglicht und nicht eine, die den städtischen Unternehmen noch die letzte Kundschaft verscheucht.

Ja, um die Mobilitäts- und Klimaziele zu erreichen, muss die Zahl der PKW in der Stadt kontinuierlich zurückgeschraubt werden. Dabei beweisen die Gratis-Stellplätze Weinzödl und Wetzelsdorf, die schon um 7 Uhr morgens gefüllt sind, dass die Menschen mit einem kostenlosen Parkplatz und einer schnellen Öffi-Anbindung bereit sind, genau das zu tun, was gewollt ist, nämlich ihre Autos am Stadtrand stehen zu lassen. Schade nur, dass es an einem ausreichenden Angebot mangelt und so ein großes Klimaschutz-Potential ungenutzt bleibt. <https://grazer.at/story/de/blog-achtnull-koh-samui-reise-insidertipps-dN8PhmFc/?in=jQ95fZ7H&page=flow/de/wegen-ueberfuehlung-jetzt-sind-neue-park-ride-in-GVUuPkvl/>

Graz autofreier zu machen, funktioniert demnach nicht bloß durch eine unattraktive Erhöhung der Parktarife, sondern auch über den Anreiz kostenlos zu parken und schnell an den öffentlichen Verkehr angebunden zu sein. Das ist klimafreundlich und fördert gleichzeitig die Grazer Dienstleistungs- und Handelsbetriebe. Solange die Stadt Graz beim erforderlichen Angebot an gratis Park&Ride-Stellplätzen in Verzug ist, sollte die Überlegung erlaubt sein, die öffentlichen Verkehrsmittel selbst als Anreizgeber zu verwenden und einen Beitrag dafür zu leisten, dass die Innenstadt nicht verödet und das in Graz klimaschonend und die Wirtschaft fördernd konsumiert werden kann.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Gemeinderatsordnung folgenden

Dringlichen Antrag

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, testweise im Dezember 2024 die kostenlose „Altstadt-Bim“ vom Hauptbahnhof bis zum Hauptplatz auszuweiten, um aus dem Norden kommende Kund:innen das Angebot zu unterbreiten, ihre Weihnachtseinkäufe klimaschonend und regional in der Grazer Innenstadt zu tätigen.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, testweise im Dezember 2024 die kostenlose „Altstadt-Bim“ auch vom Murpark bis zum Jakominiplatz auszuweiten, um aus dem Süden kommende Kund:innen das Angebot zu unterbreiten, ihre Weihnachtseinkäufe klimaschonend und regional in der Innenstadt zu tätigen.
- Die zuständigen Stellen mögen prüfen, das Angebot rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen nach der, von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommenen Testphase im Dezember prüfen, die Verlängerungen der kostenlosen „Klima-Bim“, vom Hauptbahnhof bis zum Hauptplatz und vom Murpark bis zum Jakominiplatz als ständige klimaschonende und wirtschaftsfördernde Maßnahme beizubehalten.